

Interpellationen der SP-Fraktion vom 11. April 2000  
Interpellationen Höchner-Rheineck vom 11. April 2000  
Interpellationen Bachmann-St.Gallen / Surber-Kronbühl vom 11. April 2000

## **Massnahmen zur Integration (1 bis 9)**

Schriftliche Information der Regierung vom 12. September 2000

In ihren Interpellationen vom 12. April 2000 nehmen die SP-Fraktion sowie Paola Höchner, Rheineck, Bernadette Bachmann, St.Gallen, und Ursula Surber, Kronbühl, Bezug auf den Bericht «Interkulturelles Zusammenleben» vom 20. Dezember 1999 und stellen verschiedene Fragen zur Integration und zu einzelnen im Bericht erwähnten Massnahmen.

Die Regierung informiert wie folgt:

Die gestellten Fragen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Umsetzung des von der Arbeitsgruppe «Interkulturelles Zusammenleben» vorgeschlagenen Massnahmenkatalogs. Die Regierung beauftragte im Januar 2000 die Departemente, unter Leitung eines Lenkungsausschusses zu prüfen, welche Massnahmen mit welchen zeitlichen Vorgaben und mit welchem Aufwand umgesetzt werden können oder sollen. Anfangs September legte der Lenkungsausschuss, dem die Generalsekretäre des Erziehungsdepartementes, des Departementes für Inneres und Militär, des Justiz- und Polizeidepartementes sowie des Finanzdepartementes und der Staatssekretär angehören, der Regierung den Umsetzungsbericht vor. Darin schlägt der Lenkungsausschuss in einem ersten Schritt die Umsetzung jener Massnahmen vor, die im gegenwärtigen Zeitpunkt für eine Umsetzung geeignet sind (Priorisierung) bzw. deren Umsetzung unmittelbar eingeleitet werden kann. Dies bedeutet, dass 18 Anliegen der Arbeitsgruppe «Interkulturelles Zusammenleben» unmittelbar und 15 später umgesetzt bzw. einer Umsetzung zugeführt werden können. Zusammen mit den 9 bereits verwirklichten Massnahmen kann den Anliegen der Arbeitsgruppe in hohem Mass Rechnung getragen werden.

Aufgrund des grossen öffentlichen Interesses an den Massnahmen zur Integration und an der Frage ihrer Umsetzung wird die Regierung dem Grossen Rat einen entsprechenden Bericht auf die Novembersession 2000 vorlegen. Sie wird die Interpellationen im Rahmen dieser Berichterstattung beantworten.

12. September 2000